

Diskreditierung erhält Verfassungsrang - Orwells Schweine

Der Text bezieht sich auf die zwei Artikel der Themenseite [SEXARBEIT IN DEUTSCHLAND: WAS SICH MIT DEM NEUEN PROSTITUTIONSGESETZ ÄNDERN SOLL](http://www.weser-kurier.de/bremen/bremen-politik-wirtschaft_artikel,-Prostitution-Neuer-Gesetzesentwurf-umstritten-_arid.1283563.html) (Großschreibung im Original) des Kurier am Sonntag vom 03.01.2016, S. 3
Bezug
http://www.weser-kurier.de/bremen/bremen-politik-wirtschaft_artikel,-Prostitution-Neuer-Gesetzesentwurf-umstritten-_arid.1283563.html

Zum Feld der erotischen und sexuellen Dienstleistungen liegen, wie u.a. die Bundeszentrale für politische Bildung 2013 festhielt und bedauerte (1, Editorial), wenig valide Daten vor. Die Diskussion um das Feld basiert, und da bildet der Artikel von Frau Reinsch, die Fragen von Herrn Geyer und die Aussagen von Frau Breymaier keine Ausnahme, häufig auf Spekulationen (Reinsch: 400.000 Sexarbeitend in Deutschland, eine Schätzung von Hydra aus dem vergangenen Jahrhundert) und Einzelfällen die verallgemeinert werden. (Breymaier: die osteuropäische Armutsprostituierte, die verschleppt wurde). (2, S.15 f) Eine seriöse Grundlage für politische und öffentliche Diskussionen um Gesetze sieht anders aus und auch die Leitsätzen des Weser-Kurier „jedes Wort wert“ und „Alles, was die Wahrheit braucht“ verfolgen andere Ideale.

Ausführlich zu Wort kommen hingegen Parteienvertreter*innen ohne ausgewiesene Expertise zu denen auch Frau Breymaier und andere erklärten Gegner*innen der Sexarbeit und Befürworter des schwedischen Modells zählen. Sie erhalten den Raum ihre Ziele auf mehr als der Hälfte des Textteiles der Sonderseite zu erläutern. Lediglich in einem Absatz erhält die Sprecherin eines Sexarbeiterinnenverbandes als Expertin in eigener Sache die Gelegenheit zur Stellungnahme. 52 Worte habe ich gezählt, darunter der Verbandsname. Schon diese Gewichtung der Statements kann als Mangel an journalistischer Sorgfalt bewertet werden. Nicht jedes Wort war Wert und sicher wurde nicht alles berichtet, was die Wahrheit braucht.

Aktuell gibt es im deutschen Sprachraum wenigstens drei Publikationen, die sozialwissenschaftlich seriös und informativ sind. Es wäre hilfreich, wenn diese Studien, die von Helga Amesberger (3), die von Dorothea Czarnecki, Henny Engels, Barbara Kavemann, Elfriede Steffan, Wiltrud Schenk, Dorothee Törnau (4) und die vom Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Autorinnen: Elfriede Steffan, Prof. Dr. Barbara Kavemann, Tzvetina Arsova Netzelmann, Prof. Dr. Cornelia Helfferich (5), herangezogen würden, sobald über Sexarbeit debattiert und berichtet wird. Leider unterlassen es die Redakteurin Reinsch und der Redakteur Geyer sich auf solche neutralen Quellen zu beziehen, obwohl diese dem Weser-Kurier, insbesondere der Chefredakteurin Frau Hellwig vorliegen. Fortgesetzter Mangel an journalistischer Sorgfalt.

Die Studien stellen fest:

- Sexarbeitende sind innerhalb der sozialen Rahmenbedingungen in aller Regel (aber nicht zu 100 %) handlungsmächtig. Sie entscheiden über Aufnahme von Sexarbeit, Fortsetzung derselben, Umorientierung in ihr und Neuorientierung in Richtung anderer Lebensentwürfe eigenständig. (3, S.18, 50 ff) Sie sind insofern, so möchte ich sagen, Menschen wie alle anderen auch.
- Die im Feld der erotisch-sexuellen Dienste Aktiven, auch Sexarbeiterinnen, unterliegen gesellschaftlicher Ächtung. Die Stigmatisierung, als prägender Teil der sozialen Bedingungen unter denen Sexarbeit erfolgt, hat für die Sexarbeiterinnen erhebliche Belastungen und Benachteiligungen zur Folge und reduziert deren Möglichkeiten zu handeln sowohl inner- als auch ausserhalb der Sexarbeit:

»Sexarbeiter*innen sind mit Stigmatisierung und Ausgrenzung konfrontiert (...) Aufgrund dieser Stigmatisierung wird Prostitution als eine eigene Welt getrennt von der „normalen“ bzw. „bürgerlichen“ Welt wahrgenommen. Der Wechsel von der einen in die andere Welt gestaltet sich schwierig und ist häufig mit neuen Belastungen verknüpft. Erfahrungen von Ausgrenzung, Herabwürdigung und Verlust eines neuen Arbeitsplatzes sind ursächlich für Ängste, die bisherige Tätigkeit offenzulegen. Aufgrund dieser Stigmatisierung entstehen sowohl individuelle als auch strukturelle Barrieren ... « (5, S. 41)

Die soziale Ächtung der Sexarbeit, so kann den Studien folgend zusammengefasst werden, bestimmt als Gewalterfahrung den Alltag Sexarbeitender.

Das primäre Ziel aller staatlichen und rechtlichen Maßnahmen mit Bezug auf die Sexarbeit sollte es folglich sein, Formen der sozialen Ächtung und Diskreditierung Sexarbeitender auch bezüglich ihrer Folgen zu identifizieren und dafür Sorge zu tragen, dass diese Gewalterfahrungen minimiert und kompensiert werden. Im derzeitigen Gesetzgebungsprozess ist das kein Thema. Im Resultat hebt das beabsichtigte Gesetz Grundrechte von Sexarbeitenden (informationelle Selbstbestimmung, freie Berufswahl, Unverletzlichkeit der Wohnung) auf, anstatt diese zu stärken. Die Einführung der obligaten Prüfung Sexarbeitender auf ihre Einsichtsfähigkeit unterstellt, dass Menschen die der Sexarbeit nachgehen über ein im Vergleich zu anderen Menschen herabgesetztes oder nicht hinreichendes Urteilsvermögen verfügen. (2, S. 7 ff) Sexarbeitende

werden so als potentiell minderwertige Personen definiert, denen das Grundrecht auf freie Wahl des Berufes in einem letztlich willkürlichem Akt amtlicher Entscheidung verwehrt werden kann. Sachbearbeitende, die keine spezifische psychosoziale Expertise und Methodenkenntnis haben, denen kein entscheidungsleitender, verifizierbarer Kriterienkatalog vorliegt, mit dem sie das Urteilsvermögen Sexarbeitender ermitteln könnten, obliegt es nach eigenem Befinden zu entscheiden, ob ein zentrales Grundrecht zu verwehren ist, sofern sie meinen, dass eine Person nicht im Besitz des Urteilsvermögens ist, das für ihre Geschäftsfähigkeit erforderlich ist. Dieser Person, wird in einem einfachen Verwaltungsakt ihre gleiche Stellung vor dem Recht, aberkannt. Soll analog auch geprüft werden, an wen Wahlbescheinigungen zu versenden sind?

Die Diskreditierung der Aktiven im Feld der erotisch-sexuellen Dienste, durch ihre soziale Ächtung seien dies

- Sexarbeitende,
- deren Kundschaft oder
- andere Dienstleistende in diesem Feld, wie Vermietende und Werbetreibende

die damit verbundenen Gewalterfahrungen (Herabwürdigungen, Ausgrenzungen, Benachteiligungen) im sozialen Alltag, die so erlebten Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, erfahren in der angestrebten Gesetzesnovellierung ihre Legalisierung.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit - Legalisierung der Stigmatisierung - Diskreditierung als Staatsziel

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, also die Abwertung anderer Menschen und die Aufwertung der eigenen Gruppe, wie sie derzeit in fremdenfeindlichen Gewalttaten und Fremdenhass durchaus wahrgenommen wird, beschränkt sich nicht auf historisch bekannte und bereits überwunden geglaubte Formen der Barbarei, wie Genozide z.B. gegen Andersgläubige, auf Homophobie, Antisemitismus oder Antiziganismus. Die soziale Schmähung und Ächtung der Sexarbeit ist, ohne dass es öffentlich hinreichend wahrgenommen wird, Teil des historischen Kontinuums der gruppenbezogenen, legitimierte, tätigen, im Grenzfall barbarischen Menschenfeindlichkeit.

Die Ächtung der Sexarbeit folgt dabei einer christlichen (sexual-) Moral, die über die Scheiterhaufen hinaus bis heute Sexarbeitende immer dann der Verfolgung, Entrechtung, Verletzung und auch Tötung aussetzt, wenn diesen abgesprochen wird, der Sexarbeit aus eigener Entscheidung nachzugehen, insbesondere da dies mit der Würde des Menschen, wie sie christlich-dogmatisch verstanden wird, unvereinbar sei. Dies Verdrängte, die nicht hinterfragte, scheinbare Normalität der Ächtung der Sexarbeit als des Menschen unwürdiges Verhalten, ihre wesentlich christlich motivierte und gerechtfertigte fortdauernde Verdammung oder Diskreditierung, die sozial akzeptierten Verbrechen an Sexarbeitenden, die die Geschichte durchziehen, ohne in den Fokus der Aufklärung zu geraten, bilden eine Leerstelle ethischer Reflexion, die im derzeitigen Diskurs um die Sexarbeit, einen blinden Fleck der Geschichtsschreibung und politischen Wahrnehmung zu Lasten der Sexarbeitenden markiert. (6)

Die Abwertung anderer Menschen, ihre soziale Ächtung, legitimiert und erzeugt individuelle Gewalt. Das ist eine Lehre insbesondere der deutschen Geschichte. Die Liberalisierung der Sexualität, die Fortschritte bei der Anerkennung unterschiedlicher sexueller Orientierungen, finden ihr Ende nicht in der Gleichbehandlung von Homosexualität. Das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung umfasst auch das Recht Volljähriger, sich zu entscheiden einvernehmliche sexuelle Handlungen gegen Entgelt anzubieten und solche Handlungen anzunehmen. Es ist Teil rechtsstaatlicher Pflichten, dieser Entscheidung dort, wo ihr mit Verachtung begegnet wird, sozialen Respekt und Raum zu verschaffen, ihre Gleichbehandlung zu garantieren.

Die Diskreditierung der Entscheidung für erotisch-sexuelle Dienste legitimiert Menschenfeindlichkeit. Wenn die Abwertung zum Gesetz wird, wie dies bei der ‚mangelnden Entscheidungsfähigkeit‘ der Gesetzesnovelle zu Lasten der Sexarbeitenden der Fall ist, handelt es sich um die Legalisierung von Entmenslichung. Sexarbeitenden wird, auch wenn es sich nur um Einzelfälle handelt, ihr Recht auf subjektive Entscheidung, auf subjektive Wahl ihres Lebensentwurfes und Alltags entzogen. Wohin das führt zeigt das beschworene schwedische Beispiel, in dem Sexarbeitende aufgrund des realisierten Sexkauf-Verbots zunehmend sozialer Verachtung unterliegen, sie die neue Kaste der Parias bilden, deren Mitglieder Aussätzigen gleich ausgestossen zu sein haben. (7)

Der "rassische" Makel wird in Schweden durch den diskreditierter sexueller Handlung ersetzt. Eine Fortsetzung des Kontinuums der Barbarei - nur die Betroffenen haben gewechselt - das unter Missachtung des Rechtes auf sexuelle Selbstbestimmung dieser Betroffenen zynisch mit dem Schutz der Würde der Frau gerechtfertigt wird, tatsächlich aber eine Verletzung der (gleichen!) Würde und des (gleichen!) Rechts von (gleichen!) Menschen darstellt, die ob ihrer sexuellen Handlungen der Entwertung unterworfen wurden, ohne durch ihr persönliches einvernehmliches sexuelles Handeln auch nur einen Menschen unmittelbar seiner Würde berauben zu wollen und beraubt zu haben.

»Jeder Versuch als sogenannte Autorität die Intimsphäre der Menschen zu regeln ist menschenrechtswidrig, gleichgültig ob als "Begründung" jetzt die Bibel, die Notwendigkeit

angeblichen Menschenhandel zu bekämpfen, oder die in Aussicht gestellten Vorteile einer gewerberechtlichen Regelung in's Feld geführt werden.« (8)

Ein Staat, der die intimen Entscheidungen und Rechte der Menschen nicht achtet und schützt, der damit Akte Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aufgrund sexueller Handlungen insbesondere gegen Minderheiten toleriert, verliert menschenrechtlich wenigstens seine Glaubwürdigkeit. Gesetzliche Regelungen, die keine Verbesserung in Bezug auf die allgegenwärtige soziale Diskreditierung der Aktiven des Feldes der erotischen und sexuellen Dienste enthalten, diesen aber zugleich Pflichten und Beschränkungen auferlegen, sind aktive Beiträge zur Legalisierung des Stigmas. Sie etablieren einen Staat in dem der Diskreditierung von Menschen Verfassungsrang zukommt.

Orwells Schweine!

(1)

Bundeszentrale für politische Bildung

Aus Politik und Zeitgeschichte, 63. Jahrgang · 9/2013 · 25. Februar 2013,

Prostitution

http://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/155379/prostitutionAPuZ_2013-09_online.pdf

(2)

Dona Carmen e.V.

Kritik des „Prostituiertenschutzgesetzes“

Anmerkungen zum „Entwurf eines Gesetzes zur Regulierung des Prostitutionsgewerbes

z.B. 77 Verurteilungen wegen Menschenhandel (StGB § 232) in 2013 mit weniger als 100 Betroffenen

<http://www.donacarmen.de/wp-content/uploads/2015/10/DAS-PROSTITUIERTENSCHUTZGESETZ1.pdf>

(3)

Helga Amesberger

Sexarbeit in Österreich

Ein Politikfeld zwischen Pragmatismus, Moralisierung und Resistenz - Wien 2014

(4)

Dorothea Czarnecki, Henny Engels, Barbara Kavemann, Elfriede Steffan, Wiltrud Schenk, Dorothee Törnau
Prostitution in Deutschland – Fachliche Betrachtung komplexer Herausforderungen - Berlin 2014

https://www.frauenrat.de/fileadmin/user_upload/infopool/informationen/dateien/2014-2/Prostitution4Final.pdf

(5)

BMFSFJ

Autorinnen: Elfriede Steffan, Prof. Dr. Barbara Kavemann, Tzvetina Arsova Netzelmann, Prof. Dr. Cornelia Helfferich

Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung zum Bundesmodellprojekt

Unterstützung des Ausstiegs aus der Prostitution - Berlin 2015

(6)

Robert Sommer

Die Entschädigung von „asozialen“ Opfern des Nationalsozialismus nach 1945

Das Blaettchen, Ausgabe 17. Jahrgang | Nummer 13 | 23. Juni 2014

<http://das-blaettchen.de/2014/06/die-entschaedigung-von-%E2%80%9Easozialen%E2%80%9C-opfern-des-nationalsozialismus-nach-1945-29301.html>

<http://www.robert-sommer.com/>

(7)

Radio Sweden P6

Sex-Kauf-Verbot ohne Wirkung

Veröffentlicht Montag 2. Februar 2015, abgerufen 11:01

»„Ein Ziel des Gesetzes war es, eine negative öffentliche Meinung gegenüber den Käufern von sexuellen Diensten zu schaffen. Das ist gelungen. Gleichzeitig ist aber auch die Haltung gegenüber den Verkäufern von sexuellen Diensten wesentlich negativer geworden und das wollen wir absolut nicht“, sagte Ljungros«
im Schwedischen Rundfunk.

(8)

Aoife Nic Seáin O'Neill

<http://www.sexworker.at/phpBB2/viewtopic.php?p=138458#138458>

abgerufen am 2014-01-20, 14:14